

Ergebnisprotokoll

9. Sitzung des IT-Planungsrats		
<u>Datum:</u> 25. Oktober 2012	<u>Ort:</u> Berlin, Bundesministerium des Innern	<u>Uhrzeit:</u> 10:00 Uhr bis 14:30 Uhr
<u>Leitung:</u> [REDACTED] [REDACTED]	<u>Sitzungsunterlagen:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Finale Tagesordnung, Teilnehmerliste • Veröffentlichung der nachstehend benannten Sitzungsunterlagen auf der Internetseite des IT-Planungsrats 	

Kategorie A:
Einführung
TOP 01
Begrüßung und Tagesordnung

[REDACTED] begrüßt das Gremium.

[REDACTED] weist auf kürzlich erfolgte und anstehende Veränderungen in der Personalausstattung der Geschäftsstelle hin. Die in der 8. Sitzung beschlossene Besetzung einer Stelle im gehobenen Dienst für Themen der europäischen Zusammenarbeit wurde inzwischen umgesetzt. Auch die derzeit „verwaiste“ Juristenstelle könne voraussichtlich kurzfristig aus dem Personalbestand des BMI nachbesetzt werden. Damit würde der Bund allerdings „überplanmäßig“ eine sechste Stelle in der Geschäftsstelle besetzen. Die Anwesenden sind sich einig, dass angesichts der fehlenden Bewerbungen aus den Ländern die Möglichkeit, diese Stelle schnell zu besetzen, nicht an diesem Umstand scheitern solle.

Ab Januar 2013 wird das Land Berlin eine Mitarbeiterin des gehobenen Dienstes abordnen. Da jedoch Ende 2012 zwei Beschäftigungen bzw. Abordnungen in der Geschäftsstelle enden, wird der vereinbarte Personalbestand von 10 Personen zu Beginn des Jahres 2013 nicht erreicht. [REDACTED] bittet die Länder um erneute Prüfung von Abordnungen auch aus anderen Ministerien oder Fachbehörden.

[REDACTED] weist darauf hin, dass am 27. November 2012 ein Spitzengespräch zwischen IT-Planungsrat und dem Nationalen Normenkontrollrat stattfinden wird.

[REDACTED] berichtet von der „Think-Tank-Veranstaltung“, die am 18. September 2012 im Hasso-Plattner-Institut in Potsdam stattgefunden und insbesondere für die Entwicklung einer föderalen IT-Infrastruktur wichtige Impulse geliefert habe.

Az.: IT1-190 001-9/0#40

Stand: 08. März 2013

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit wird die Tagesordnung mit der folgenden Änderung angenommen:

- Als TOP 29 wird auf Vorschlag des Bundes das Thema „Microsoft-Konditionenverträge“ behandelt.

Einwände gegen das vor der Sitzung versandte Protokoll der 8. Sitzung erfolgen nicht.

Kategorie B:	Grüne Liste (ohne Aussprache)
---------------------	--------------------------------------

Die Tagesordnungspunkte der „Grünen Liste“ (TOP 2-11) wurden ohne Aussprache behandelt, die entsprechenden Informationspunkte zur Kenntnis genommen und die Entscheidungen wie vorgeschlagen einstimmig getroffen.

TOP 02	Regelung zum Betrieb und zur Weiterentwicklung der Anwendungen des IT-Planungsrats
---------------	---

Beschluss: 2012/33				
Der IT-Planungsrat beschließt die bis zum 31. Dezember 2014 befristete Regelung zum Betrieb und zur Weiterentwicklung der Anwendungen des IT-Planungsrats.				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Beschluss in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

TOP 03	Fachkongress des IT-Planungsrats 2013
---------------	--

Zu diesem TOP wurde von BY angekündigt, genauere Informationen zu Tagungsdatum und –ort zeitnah bekannt zu geben.

■■■■■■■■■■ bittet um Einbeziehung der Kommunen bei der Programmplanung. ■■■■■■■■■■ erklärt die Bereitschaft seines Landes, die Ausrichtung im Jahr 2014 zu übernehmen.

Beschluss: 2012/34				
<ol style="list-style-type: none"> 1. Der IT-Planungsrat nimmt den Zwischenbericht Bayerns und seiner Geschäftsstelle zum Fachkongress des IT-Planungsrats zur Kenntnis. 2. Der Programmkommission für den Fachkongress 2013 sollen jeweils eine Vertretung Bayerns, des Bundes, Baden-Württembergs, Berlins sowie der Geschäftsstelle angehören. 3. Der IT-Planungsrat begrüßt, dass sich Baden-Württemberg bereit erklärt, den 				

Fachkongress im Jahr 2014 auszurichten. 4. Der IT-Planungsrat begrüßt, dass sich Rheinland-Pfalz bereiterklärt, den Fachkongress im Jahr 2015 auszurichten. 5. Der IT-Planungsrat begrüßt, dass sich Berlin bereiterklärt, den Fachkongress im Jahr 2016 auszurichten.				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	

TOP 05	Projektkriterien IT-Planungsrat
---------------	--

Beschluss: 2012/35				
1. Der IT-Planungsrat nimmt den Fragebogen zur Aufnahme neuer Vorhaben in den Aktionsplan IT-Planungsrat für die Laufzeit der Umsetzung der Nationalen E-Government-Strategie bis 2015 an und bittet die Kooperationsgruppe Strategie, diesen bei Bedarf fortzuschreiben. 2. Der Bund, die Länder und Kommunen werden gebeten, geeignete Vorhaben der Geschäftsstelle des IT-Planungsrats durch Übersendung des ausgefüllten Fragebogens anzuzeigen.				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Beschluss in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

TOP 06	Umgang mit den Handlungsempfehlungen der Kooperationsgruppe Europäische Interoperabilisierung
---------------	--

Beschluss: 2012/36				
1. Der IT-Planungsrat nimmt die Vorschläge zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen seiner Kooperationsgruppe „Europäische Interoperabilisierung“ für seine Steuerungsprojekte und die Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) zur Kenntnis. 2. Der IT-Planungsrat bittet die Kooperationsgruppe Strategie und den Beirat der Koordinierungsstelle für IT-Standards für eine Umsetzung der Handlungsempfehlungen Sorge zu tragen. 3. Der IT-Planungsrat bittet die Geschäftsstelle um einen Bericht zur Umsetzung zum Ende des Jahres 2013.				

Az.: IT1-190 001-9/0#40

Stand: 08. März 2013

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Beschluss in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

TOP 07	Koordinierungsprojekt „Prozessdatenbeschleuniger - P23R“
---------------	---

Hier bittet RP um Vorlage eines Statusberichts zur 10. Sitzung des IT-Planungsrats.

TOP 10	Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE)
---------------	---

Beschluss: 2012/37				
1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht des Lenkungsgremiums Geodateninfrastruktur Deutschland (LG GDI-DE) zur Kenntnis. 2. Der IT-Planungsrat stimmt der vorgelegten Neufassung der Verwaltungsvereinbarung zu.				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Beschluss in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja		Nein	X

Keine Veröffentlichung auf Grund des vorläufigen Charakters der im Beschluss in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen. Nach Unterzeichnung und Inkrafttreten erfolgt: eine Veröffentlichung der neuen Verwaltungsvereinbarung zu GDI-DE im Bundesanzeiger.

TOP 11	Bericht zur Länderübergreifenden Krisenmanagementübung 2011 (LÜKEX)
---------------	--

Beschluss: 2012/38				
Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht seines Vertreters im Lenkungsausschuss zur Krisenmanagementübung LÜKEX 2011 zur Kenntnis und begrüßt die aus der Übung abgeleiteten Handlungsempfehlungen für die IT-Verantwortlichen in Bund und Ländern.				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Beschluss in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

ment.

4. Der IT-Planungsrat empfiehlt dem Chef des Bundeskanzleramtes und den Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder folgenden Beschluss:
1. *Der Chef des Bundeskanzleramts und die Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder nehmen die Projektergebnisse zum Vorhaben Deutschland-Online „Kfz-Wesen“ und den Abschluss des Vorhabens durch Hamburg zustimmend zur Kenntnis.*
 2. *Der Chef des Bundeskanzleramts und die Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder halten die Vorschläge für die Online-Außerbetriebsetzung und Online-Wiederzulassung für eine gute Grundlage. Sie bitten die betroffenen Fachministerkonferenzen und die zuständigen Bundesministerien um Kenntnisnahme der Projektergebnisse und das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), die noch offenen Fragen mit den Beteiligten zu erörtern und die Vorschläge Hamburgs so weiterzuentwickeln, dass sie in ein Gesetzgebungsverfahren überführt werden können. Die Entwicklung einer Online-Zulassung wird weiterhin unterstützt.*

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Beschluss in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

TOP 14	Projekt „Cloud-E-Mail“
---------------	-------------------------------

■■■■■ präsentiert die Machbarkeitsanalyse zu „Cloud-E-Mail“ als Teilprojekt des Vorhabens „Auf- und Ausbaus einer föderalen E-Government-Infrastruktur“. Aus ■■■■ Sicht zeige die Analyse die rechtliche und technische Machbarkeit des Vorhabens. Dabei sei zu beachten, dass bereichs- oder länderspezifische Besonderheiten, Hindernisse oder Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit nicht Gegenstand der Analyse waren. Diese müssten ggf. im Einzelnen geprüft werden. Alle übergreifend prüfbaren Aspekte seien beachtet worden.

■■■■■ wünscht sich eine vergleichbare Betrachtung auch für andere Mailsysteme als MS Exchange. Außerdem weist ■■■ auf mögliche steuerrechtliche Probleme hin.

Protokollnotiz Sachsen:

Aus technischer Perspektive stimmt der Freistaat Sachsen der Machbarkeitsstudie zu. Gleichwohl stellt er fest, dass die verfassungsrechtlich gebotene Sonderstellung der Steuerverwaltung und der Justiz sowie die Anforderungen, die sich aus dem Schutz kritischer Infrastrukturen ergeben, nicht in angemessenem Maße berücksichtigt wurden.

Beschluss:	2012/40
1. Der IT-Planungsrat nimmt die vom NEGS-Teilprojekt „Gemeinsame Infrastruktur für die Funktionen E-Mail, Kalender, Kontakte und Aufgaben“ (Cloud-E-Mail) vor-	

<p>gelegte Machbarkeitsanalyse für die Umsetzbarkeit eines Cloud-E-Mail-Dienstes in der öffentlichen Verwaltung zur Kenntnis.</p> <p>2. Die Länder und der Bund werden gebeten, gegenüber der Geschäftsstelle des IT-Planungsrats bis Ende Januar 2013 zu erklären, ob sie grundsätzlich Interesse an einem gemeinsamen Cloud-E-Mail-Dienst haben.</p> <p>3. Die Teilprojektgruppe Cloud-E-Mail wird gebeten, auf der Grundlage der Rückmeldungen den Moderationsprozess zur Klärung der weiteren Vorgehensweise zu übernehmen und auf der 10. Sitzung des IT-Planungsrats über die Ergebnisse zu berichten.</p>				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Beschluss in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

TOP 15	Steuerungsprojekt „Auf- und Ausbau einer föderalen E-Government-Infrastruktur“
---------------	---

erläutert die vorgelegten Arbeitsergebnisse der Projektgruppe „Auf- und Ausbau einer föderalen E-Government-Infrastruktur“. Im Abschlussbericht seien insgesamt 34 mögliche Komponenten einer übergreifenden Infrastruktur auf ihren Nutzen und ihre Umsetzbarkeit untersucht worden und konkrete Umsetzungsvorschläge abgeleitet worden.

Es habe sich jedoch aus ihrer Sicht gezeigt, dass das gemeinsame Ziel des Aufbaus einer föderalen Infrastruktur alleine durch die Auswahl geeigneter Komponenten nicht in ausreichender Art und Weise erreicht werden könne. Zusätzlich seien grundsätzliche Einigungen über strategische und strukturelle Fragen erforderlich. Hier biete es sich aus ihrer Sicht an, die unter TOP 12 vereinbarte Besprechung auf Abteilungsleiter-Ebene auch für weitere Abstimmungen in dieser Richtung zu nutzen.

Mehrere Länder begrüßen die Bestandsaufnahme. Bei allen Projekten solle künftig besonders berücksichtigt werden, ob am Markt bereits Systeme vorhanden sind, die – ggf. nach erfolgter Anpassung – gemeinsam genutzt werden könnten.

wies in diesem Zusammenhang beispielhaft auf die Bezahlplattform ePayBL® hin, die entsprechendes Potential besitzt.

weist darauf hin, dass bei der Anlage der Projekte darauf geachtet werden müsse, die Nutzung im kommunalen Umfeld vorzusehen.

weist auf die dringende Notwendigkeit einer Bezahlplattform als Grundlage für wichtige weitere Projekte wie etwa Geodaten-Infrastruktur oder Kfz-Wesen hin.

betont die Notwendigkeit einer Einigung auf langfristig tragfähige Betriebsmodelle. Dies sei seiner Ansicht nach eine strategisch bedeutsame Frage.

Die Teilnehmer kommen überein, dass technische Fragen (z.B. technische Mindeststandards / Verbundprogrammierung / zentrale oder dezentrale Lösungen etc.) „vor die Klammer gezogen“ und auf Abteilungsleiter-Ebene diskutiert werden sollen. Auf

diese Weise gewinne der IT-Planungsrat mehr Raum, um die politisch-strategischen Entscheidungen auf besser vorbereiteter Grundlage treffen zu können.

Die Besprechung auf AL-Ebene wird – ohne Beeinträchtigung der bestehenden Strukturen des IT-Planungsrats – als gesonderte Veranstaltung auf Einladung des Bundes durchgeführt und wird sich mit den Themen „Leitlinie Informationssicherheit“ und „Auf- und Ausbau einer föderalen IT-Infrastruktur“ befassen. Die Einladung hierzu wird an die Mitglieder des IT-Planungsrats gesendet, die dann die jeweils geeigneten Personen benennen.

Beschluss: 2012/41				
1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht der Projektgruppe "Weiterer Auf- und Ausbau der föderalen E-Government-Infrastruktur" zur Kenntnis.				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Beschluss in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

TOP 16	Steuerungsprojekt „eID-Strategie“
---------------	--

█ dankt der Projektgruppe für die Ausarbeitung des Eckpunktepapiers sowie des Positionspapiers zur EU-Verordnung. Die Position der Bundesregierung zur neuen EU-Verordnung sei erst kürzlich verabschiedet worden.

█ bittet um Anpassung von Ziffer 3.1 des Eckpunktepapiers. Auch andere Authentifizierungsmöglichkeiten als qualifizierte elektronische Signaturen sollten möglich sein, um – wie in Ziffer 3.6 des Eckpunktepapiers zum Ausdruck gebracht – die deutsche eID-Strategie „europafreundlich“ zu gestalten. Darüber hinaus werde das E-Government-Gesetz des Bundes, auf das Ziffer 3.1 verweist, derzeit im Bundesrat beraten, insofern sollte nicht auf den Gesetzentwurf verwiesen und der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens abgewartet werden.

Die Teilnehmer vereinbaren, im vorgelegten Entwurf des Eckpunktepapiers Ziffer 6.1 Satz 2 zu streichen.

█ weist darauf hin, dass Deutschland am 12. Oktober 2012 formell zum Entwurf der europäischen eID-Verordnung Stellung genommen habe. Vor diesem Hintergrund solle der Beschluss auf die weiteren anstehenden Abstimmungen verweisen.

Die vorgeschlagenen Änderungen im Eckpunktepapier und im Beschlussvorschlag sind entsprechend umgesetzt.

Beschluss: 2012/42				
1. Der IT-Planungsrat beschließt das durch die Projektgruppe eID-Strategie vorgelegte Eckpunktepapier und bittet die Projektgruppe auf dieser Basis, einen Vor-				

schlag für die Strategie auszuarbeiten. 2. Der IT-Planungsrat beschließt das durch die Projektgruppe eID-Strategie vorgelegte Positionspapier zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und empfiehlt seinen Mitgliedern, das Positionspapier bei Stellungnahmen im Rahmen der weiteren anstehenden Abstimmungen zur EU-VO einzubeziehen.				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Beschluss in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

TOP 17	Steuerungsprojekt „Open Government“
---------------	--

[REDACTED] erläutert das vorgelegte Eckpunktepapier, das in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe nach Abschluss einer Online-Konsultation überarbeitet wurde. Ziel des Projekts sei eine bessere ebenenübergreifende Verzahnung der Aktivitäten. Hierfür solle ein E-Government-Portal entwickelt werden. Der Prototyp hierfür solle Anfang 2013 online gehen.

[REDACTED] ergänzt, das Projekt sei in Umsetzung der Informationsfreiheitsgesetze von Bund und Ländern entwickelt worden. Ziel sei nicht der Aufbau neuer Datenbanken, sondern die qualifizierte Erschließung vorhandener Informationen durch einheitlich definierte Metadaten und Schnittstellen. Durch den Prototypen sollten Erfahrungen gesammelt werden, die die Erarbeitung einer gemeinsamen künftigen Struktur vorbereiten könnten.

[REDACTED] begrüßt grundsätzlich den Aufbau des Prototypen. Durch die jetzt festgelegte Vorgehensweise werde dem Umstand Rechnung getragen, dass in den Ländern noch große Unterschiede und Voraussetzungen für Open Government bestehen.

Beschluss:	2012/43
1. Der IT-Planungsrat nimmt den Zwischenbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Open Government“ zur Kenntnis. 2. Der IT-Planungsrat spricht sich dafür aus, das anhand der Ergebnisse einer Online-Konsultation weiterentwickelte Eckpunktepapier „Open Government“ als eine wesentliche Grundlage für die weitere Arbeit im Steuerungsprojekt heranzuziehen. 3. Der IT-Planungsrat stimmt dem Aufbau eines Prototypen für das im Eckpunktepapier beschriebene ebenenübergreifende Open-Government-Portal zu. 4. Der IT-Planungsrat bittet Bund und Länder sowie die Fachministerkonferenzen, den Aufbau des Prototypen für das Portal zu unterstützen.	

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Beschluss in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

TOP 18	Aktionsplan des IT-Planungsrats
---------------	--

[REDACTED] erläutert den Vorschlag zum „Aktionsplan IT-Planungsrat“ für das Jahr 2013, der erstmals alle Projekte und Maßnahmen in einem Dokument zusammenfasse. Die aus dem „Aktionsplan Deutschland-Online“ stammenden Projekte (Kfz-Wesen, Nationales Waffenregister (Stufe 1) und Personenstandswesen) würden zum Ende des Jahres 2012 erfolgreich abgeschlossen.

Die vorgesehenen Federführer der neuen Maßnahmen stellen diese jeweils kurz vor.

[REDACTED] unterstreicht die Notwendigkeit, dass sich die Mitglieder des IT-Planungsrats mit den neuen Projekten identifizieren und diese wo immer möglich auch persönlich unterstützen.

[REDACTED] erklärt, bei der Maßnahme „E-Ausbildung“ neben Hessen die Mit-Federführung zu übernehmen. Dies wird im Aktionsplan ergänzt.

Auf Vorschlag von [REDACTED] wird das Vorhaben „OptIK“, das zu Beginn des Jahres 2013 noch fortgeführt würde, erneut in den Aktionsplan für 2013 übernommen.

Beschluss: 2012/44				
Der IT-Planungsrat beschließt den Aktionsplan für das Jahr 2013 vorbehaltlich einer Zuweisung des im Aktionsplan genannten neuen Steuerungsprojekts „Weiterentwicklung des Deutschen Verwaltungsdienstverzeichnisses (DVDV 2.0)“.				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Beschluss in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

TOP 19	Bericht des IT-Planungsrats für die Besprechung ChefBK/CdS
---------------	---

Die Teilnehmer vereinbaren, den Abschluss des Projekts „Kfz-Wesen“ in den Bericht des IT-Planungsrats für die Besprechung des Chefs des Bundeskanzleramtes mit den Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder aufzunehmen und den Beschluss entsprechend anzupassen.

Beschluss: 2012/45				
<p>1. Der IT-Planungsrat nimmt den vorgelegten Bericht für die Besprechung des Chefs des Bundeskanzleramtes mit den Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder zur Kenntnis.</p> <p>2. Der IT-Planungsrat empfiehlt dem Chef des Bundeskanzleramtes und den Chefinnen und den Chefs der Staats- und Senatskanzleien folgenden Beschluss:</p> <p style="padding-left: 40px;"><i>Der Chef des Bundeskanzleramtes und die Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder nehmen den Bericht des IT-Planungsrats zur Kenntnis und weisen das vorgeschlagene Steuerungsprojekt „Weiterentwicklung des Deutschen Verwaltungsdienstverzeichnisses (DVDV 2.0)“ aus dem Aktionsplan IT-Planungsrat für das Jahr 2013 gemäß § 1 Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 des IT-Staatsvertrages dem IT-Planungsrat zur Umsetzung zu.</i></p> <p>3. Der IT-Planungsrat beauftragt seine Vorsitzende, den Bericht und den Beschlussvorschlag an das Bundeskanzleramt weiterzuleiten.</p>				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Beschluss in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

TOP 20	Beteiligung von Vertretern der Parlamentsverwaltungen
---------------	--

■■■■■ erinnert an das Schreiben des Präsidenten des sächsischen Landtags, in dem eine Teilnahme von Vertretern der Parlamente in den Sitzungen des IT-Planungsrats vorgeschlagen wurde. Verfassungsrechtlich sei diese Kooperation ■■■■ Auffassung nach zulässig. Eine Vertretung der Landtage durch ihre Verwaltungen sei rechtlich grundsätzlich ebenfalls möglich. Eine Änderung des Staatsvertrages und der Geschäftsordnung sei mit hohem Aufwand verbunden. ■■■■ schlägt daher stattdessen vor, zu jeder Sitzung des IT-Planungsrats zwei Parlamentsvertreter nach § 6 Abs. 3 Nr. 5 der Geschäftsordnung des IT-Planungsrats einzuladen. Dabei könne davon ausgegangen werden, dass in jeder Sitzung Themen erörtert würden, die für die Parlamente von Bedeutung sind.

■■■■■ unterstützt diesen Vorschlag.

Die Teilnehmer der Sitzung sind sich in der Diskussion einig, dass eine gute Zusammenarbeit zwischen Parlamenten und Parlamentsverwaltungen einerseits und dem IT-Planungsrat andererseits speziell mit Hinblick auf E-Government-Fragen wesentlich sei. Etliche Teilnehmer verweisen in diesem Zusammenhang auf die bereits jetzt praktizierte Einbindung der Parlamentsverwaltungen in die internen Vorabstimmungen der Sitzungen des IT-Planungsrats.

Eine Mehrheit der Teilnehmer ist allerdings der Ansicht, dass diese notwendige Zusammenarbeit besser als durch eine Teilnahme von Vertretern an den Sitzungen durch einen anderweitig intensivierten Informationsfluss gefördert werden könne. Hier kämen etwa Beratungen mit Parlamentsausschüssen, Strategiegespräche mit

Az.: IT1-190 001-9/0#40

Stand: 08. März 2013

Mitgliedern des IT-Planungsrats oder die Einbeziehung in den ab 2013 jährlich stattfindenden Fachkongress des IT-Planungsrats in Frage. Es wurde außerdem die Befürchtung geäußert, dass auch andere Interessensgruppen den Wunsch nach einer Teilnahme artikulieren würden. Der Teilnehmerkreis könne dann so groß werden, dass eine gedeihliche Diskussion und Abstimmung erschwert würde. Es wird auch darauf hingewiesen, dass der IT-Planungsrat im IT-Staatsvertrag eindeutig als Gremium der Exekutive eingerichtet sei und dies auch bleiben solle.

■■■■■■■■■■ wird dem Präsidenten des sächsischen Landtags entsprechend antworten.

TOP 21**Zusammenarbeit mit der Justizministerkonferenz**

■■■■■■■■■■ informiert die Teilnehmer, dass ■■■■■■■■■■ aus dem hessischen Justizministerium, zu einem Austausch über die Perspektiven und Möglichkeiten der Zusammenarbeit von IT-Planungsrat und E-Justice-Rat bereit sei. Wegen anderer Termine sei ■■■ jedoch bei der 9.Sitzung verhindert. ■■■■■■■■■■ Bereitschaft zur Teilnahme an der Frühjahrs-Sitzung 2013 sei aber vorhanden. Zwischenzeitlich habe das neue Gremium erstmalig getagt und dabei ■■■■■■■■■■ als Ansprechpartner der Justizministerkonferenz für den IT-Planungsrat gemäß § 10 der Geschäftsordnung des IT-Planungsrats benannt.

■■■■■■■■■■ berichtet, dass sich der E-Justice-Rat nicht als Konkurrenz zum IT-Planungsrat sehe, sondern sich mit fachspezifischen Standards für die Justiz befasse. In einigen Bereichen (z.B: Datenbank-Grundbuch, Cloud-Mail) seien Berührungspunkte offensichtlich, so dass eine konstruktive Zusammenarbeit von E-Justice-Rat und IT-Planungsrat vielversprechend sei.

Kategorie D:**Grundlagen des IT-Planungsrats****TOP 22****Videokonferenzen über das Verbindungsnetz**

■■■■■■■■■■ dankt den Ländern, die sich an den Tests des Videokonferenz-Dienstes beteiligt haben. Es sei technisch und organisatorisch möglich, den Dienst in den „Echtbetrieb“ zu übernehmen, sofern – entsprechend dem vorliegenden Angebot – eine Mindestbeauftragung von 60 Videokonferenzanschlüssen erreicht werde. Aus Sicht des Bundes sei der Videokonferenzdienst eine gute Möglichkeit zur Effizienzsteigerung und Kostenreduzierung. Dieser Ansicht schließen sich etliche Mitglieder an. Die Teilnehmer sind sich einig, dass diese Vorteile besonders auch in Untergremien des IT-Planungsrats genutzt werden sollten.

■■■■■■■■■■ weist darauf hin, dass für das Land Berlin ein Videokonferenzanschluss völlig ausreiche und daher die dem vorliegenden Angebot zugrundeliegende Verpflichtung, vier Anschlüsse abzunehmen, nicht erfüllt werden könne.

Az.: IT1-190 001-9/0#40

Stand: 08. März 2013

[REDACTED] erklärt, dass Sachsen bereits über ein funktionsfähiges Videokonferenzsystem verfüge, so dass erhebliche zusätzliche finanzielle Aufwendungen für den Videokonferenzdienst über das Verbindungsnetz nicht zu rechtfertigen seien. In jedem Fall müsse der neue Videokonferenzdienst auch ad-hoc-Konferenzen zulassen und die dafür notwendige Flexibilität garantieren. Hier solle der Anbieter zu einer Nachbesserung aufgefordert werden.

[REDACTED] befürwortet den gemeinsamen Betrieb eines Videokonferenzdienstes, hält aber die Bedingungen und Preise des vorgelegten Angebots insgesamt für ungünstig. Hessen könne ein kostengünstigeres und flexibleres Angebot unterbreiten. Die Teilnehmer bitten darum, dieses Angebot näher zu spezifizieren und dem Bund als Verantwortlichem für das Verbindungsnetz zur Prüfung und Bewertung zu übersenden. Das Arbeitsgremium Verbindungsnetz wird darin einbezogen.

Zusätzlich wird der Bund gebeten, das vorliegende Angebot, insbesondere zur Nutzung und Flexibilität (ad-hoc-Konferenzen) nachbessern zu lassen.

Eine Entscheidung des IT-Planungsrats über die Beauftragung soll nach Abschluss der Prüfungen im Umlaufverfahren erreicht werden. Dies solle möglichst noch im Jahr 2012 erfolgen.

Beschluss: 2012/46				
1. Der IT-Planungsrat nimmt den Sachstandsbericht zum Videokonferenzdienst im Verbindungsnetz zur Kenntnis. 2. Der IT-Planungsrat hält den Einsatz eines Videokonferenzdienstes im Verbindungsnetz für erforderlich.				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Beschluss in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja		Nein	X

Keine Veröffentlichung aufgrund des vorläufigen Charakters der im Beschluss in Bezug genommenen Sitzungsunterlage.

TOP 23	Finanzplan 2013 und Finanzplan-Entwurf 2014
---------------	--

Die Teilnehmer kommen überein, den Beschluss zum Finanzplan-Entwurf 2014 wegen noch bestehender Unsicherheiten hinsichtlich der Mittel für die Anwendung 115 nicht zu veröffentlichen. Eine Fußnote im Finanzplan-Entwurf 2014 solle darauf hinweisen, dass sich die Zahlen noch ändern könnten.

Beschluss: 2012/47				
1. Der IT-Planungsrat beschließt den Finanzplan des IT-Planungsrats für 2013. 2. Der IT-Planungsrat nimmt den Entwurf des Finanzplans für 2014 zur Kenntnis. Der Beschluss des Finanzplans für 2014 soll in der Herbstsitzung 2013 des				

IT-Planungsrats erfolgen.				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Beschluss in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X ¹	Nein	X ²

X¹ Finanzplan 2013: Veröffentlichung einer aggregierten Fassung der im Beschluss in Bezug genommenen Sitzungsunterlage.

X² Finanzplan-Entwurf 2014: Keine Veröffentlichung aufgrund des vorläufigen Charakters der im Beschluss in Bezug genommenen Sitzungsunterlage.

TOP 24	E-Government-Gesetz des Bundes
---------------	---------------------------------------

■■■■■■■■■■ berichtet erneut zum Stand der Abstimmung des vorgesehenen E-Government-Gesetzes des Bundes. ■■■ bittet die Teilnehmer auch weiterhin um Unterstützung bei der Abstimmung des Entwurfs.

■■■■■■■■■■ unterstützt den Appell und weist auf E-Government-Gesetze der Länder hin, die nur dann ihre volle Wirkung entfalten könnten, wenn die Möglichkeit zur gegenseitigen Bezugnahme zum E-Government-Gesetz des Bundes gegeben sei.

TOP 25	EU-Normungspaket
---------------	-------------------------

■■■■ ■■■■■■ ■■■■■■ ■■■■■■ berichtet, dass die „EU-Normungsverordnung“ am 4. Oktober 2012 vom Europäischen Rat angenommen worden sei. Ihr Zweck sei es, in Konsortien erarbeitete technische Standards für IT-Systeme zu identifizieren, auf die hauptsächlich zur Gewährleistung der Interoperabilität bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Bezug genommen werden könne. Bei der Auswahl der Standards werde die Kommission durch ein Expertengremium („Multistakeholder-Plattform“) beraten. Deutschland sei hier durch das BMWi vertreten.

In der Diskussion wird die Notwendigkeit einer angemessenen Beteiligung des IT-Planungsrats an der Entscheidungsfindung betont.

■■■■■■■■■■ erläutert ergänzend, dass das BMI sicherstellen werde, dass der IT-Planungsrat wirksam in das unter Federführung des BMWi einzurichtende nationale Abstimmungsverfahren einbezogen werde. Eine Benennung des IT-Planungsrats als Standardisierungsorganisation im Sinne der neuen Verordnung sei aber nicht zweckmäßig, da dessen Arbeit nicht einem europäisch regulierten Prozess unterworfen werden sollte. Sinnvoller sei es, wenn Deutschland seine Position als Mitgliedsstaat einbringe und dabei den IT-Planungsrat einbeziehe.

TOP 26	Nationaler Cyber-Sicherheitsrat
---------------	--

informiert die Teilnehmer über die vierte Sitzung des Nationalen Cyber-Sicherheitsrats am 23. Oktober 2012. Schwerpunkte der Diskussionen waren kritische Infrastrukturen, die europäische Cybersicherheitsstrategie sowie der Aufbau des CERT-Verbundes der Länder.

In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass der kürzlich gegründete Verein „Cyber-Sicherheitsrat für Deutschland e.V.“ keinerlei Verbindung zum Nationalen Cyber-Sicherheitsrat habe.

TOP 27	Zusammenarbeit auf der CeBIT 2013
---------------	--

erneuert Angebot, dass Projekte des IT-Planungsrats sich am Stand der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik präsentieren können. bittet die Teilnehmer, ihr etwaiges Interesse baldmöglichst der Geschäftsstelle mitzuteilen. Leitthemen des gemeinsamen Bund-Länder-Auftritts „E-Government for you“ werden 2013 voraussichtlich der Neue Personalausweis, De-Mail, IT-Sicherheit, Moderne Bürgerdienste sowie Open Government sein.

TOP 29	Microsoft-Konditionenverträge
---------------	--------------------------------------

weist auf die mit Microsoft abgeschlossenen Konditionenverträge hin, mit denen die öffentliche Hand Microsoft-Produkte deutlich günstiger einkaufen könne als sonst am Markt üblich. Einrichtungen aus Bund, Ländern und Kommunen können diesen Verträgen beitreten.

In einzelnen Fällen habe Microsoft kürzlich Nachforderungen wegen „Unterlizensierung“ geltend gemacht, da bestimmte Lizenzen aus früheren Beschaffungen nicht mehr als ausreichend angesehen würden (sog. „OEM-Lizenzen“). bittet die Teilnehmer um Mitteilung, wenn solche Probleme in ihrem Zuständigkeitsgebiet auftreten.

erklärt, dass das Problem in NW aus Polizei und Justiz bekannt sei.

TOP 28	Sitzungsplanung 2013 / Nächste Termine
---------------	---

Termine für die Sitzungen des IT-Planungsrats im Jahr 2013:

- 10. Sitzung: Freitag, 8. März 2013, am Rande der CeBIT in Hannover
- 11. Sitzung: Donnerstag, 6. Juni 2013, in der Bayer. Vertretung in Berlin
- 12. Sitzung: Mittwoch, 2. Oktober 2013, in München

Weitere Termine:

- Messe Moderner Staat am 6. und 7. November 2012 in Berlin
- Nationaler IT-Gipfel am 13. November 2012 in Essen
- eGovernment Summit am 15. / 16. November 2012 in Bonn
- DIHK-Fachtagung am 13. Dezember 2012 in Berlin
- Zukunftskongress Staat & Verwaltung am 25. / 26. Juni 2013 in Berlin

Im Auftrag

Geschäftsstelle IT-Planungsrat

beim Bundesministerium des Innern